



Stadt Kamen

Niederschrift

BB

über die
1. Sitzung des Behindertenbeirates
am Montag, dem 25.03.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:05 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Frau Renate Jung
Frau Ulrike Skodd

CDU

Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Herr Andre Reimer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Franz-Josef Pütz

FW/FDP

Herr Alfred Mallitzky

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen

Frau Tanja Brückel
Herr Uwe Diester
Frau Martina Dulleck-Blumenröhr
Frau Brigitte Hilbk
Herr Helmut Hunsdiek
Frau Petra Jung
Herr Jan Kalthoff
Herr Heinz Detlef Klafke
Frau Kerstin Schneider
Frau Frauke van Lück
Herr Jörg Wüster

Verwaltung

Herr Andreas Eichler
Frau Elke Kappen
Frau Jennifer Krügel
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Willi Präkelt

Gäste

Frau Backmann, Perthes-Stiftung
Herr Berger, Bethel.regional
Herr Bittner, Bethel.regional
Frau Feige, AWO
Frau Lehmann, Perthes-Stiftung

Entschuldigt fehlten

Herr Denis Aschhoff
Frau Daniela Brock
Herr Dietmar Clausing
Herr Yannick Heineck
Herr Peter Holtmann
Frau Ingrid Kollmeier
Frau Manuela Laßen

Frau **Jung** begrüßte die Behindertenbeiratsmitglieder zur ersten Behindertenbeiratssitzung des Jahres und freute sich, dass alle so zahlreich erschienen seien.

Frau **Jung** erwähnte, dass sie im Vorfeld der Sitzung erfahren habe, dass die Tagesordnung nicht allen Beiratsmitgliedern pünktlich zugestellt worden sei. Sie übergab Herrn **Diester** das Wort.

Herr **Diester** erklärte, er habe keine Tagesordnung erhalten und hätte sich diese am Sitzungstag aus dem Internet heruntergeladen. Weiterhin habe er die Einladung zur VHS-Veranstaltung „Die Neuerungen des Bundesteilhabegesetz“ erst am 17.01.2011, dem Tage der Veranstaltung erhalten.

Frau **Jung** erkundigte sich, wem außerdem keine Tagesordnung zugestellt worden sei.

Frau **van Lück** äußerte, dass sie die Tagesordnung per Mail bekommen habe, jedoch ebenfalls zu spät.

Frau **Jung** bat darum, dass dieses Problem dem Ratsbüro bekannt gemacht würde, um zukünftig den rechtzeitigen Zugang von Einladungen sicher zu stellen.

Mitteilung der Verwaltung

Die Einladung zur Sitzung des Behindertenbeirates wurde den Ausschussmitgliedern nachweislich fristgemäß nach den Regelungen der Geschäftsordnung sowie der gewählten Versandart zugestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) Referentin: Frau Verena Lehmann, Perthes-Stiftung	
3	Haus Weddinghofer Straße Bericht: Herr Ansgar Bittner, Bethel.regional	
4	AWO-Tagesstätte „Startbahn“ Bericht: Frau Carina Feige, AWO UB Ruhr-Lippe-Ems	
5	Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
6	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)
Referentin: Frau Verena Lehmann, Perthes-Stiftung

Frau **Lehmann** dankte den Behindertenbeiratsmitgliedern für die Einladung. Sie stellte die EUTB (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung) im Kreis Unna vor. Das neue SGB IX sei am 01.01.2018 als Artikelgesetz in Kraft getreten und ab diesem Zeitpunkt seien kontinuierlich Beratungsstellen eingerichtet worden. Die Stelle im Kreis Unna gäbe es seit dem 01.04.2018. Vorerst laufe die Förderung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales für 3 Jahre (Anfang 2018 bis Ende 2020), danach würden noch zwei weitere Jahre (Ende 2020 bis Ende 2022) erfolgen. Ab 2023 würde eine Evaluation stattfinden, um das Angebot generell in die bestehenden Strukturen einzubinden. Deutschlandweit gebe es aktuell 900 Beratungsstellen. Auf der Internetseite „www.teilhabe.de“ fände man alle Beratungsstellen, auch für die jeweiligen Schwerpunkte. Ferner wurden das Leistungsspektrum, das Beratungsangebot, die Beratungsmethode, Zielgruppen und Ziele erläutert.

Frau **Renate Jung** fragte nach, ob man mit allen Fragen zu der Beratungsstelle kommen könne.

Frau **Lehmann** antwortete, dass man immer herzlich willkommen sei. Die Beratungsstellen seien für Betroffene und ihre Angehörigen. Die Beratung erfolge auf Augenhöhe.

Frau **Backmann** erläuterte sodann den Beratungsumfang beziehungsweise die Beratungsinhalte, welche von der Beantragung eines Schwerbehindertenausweises, dem Umgang mit Behörden bis hin zur Veränderung einer Lebenssituation (Umzug) reichen würden. Man biete Unterstützung und Begleitung.

Der „EUTB Teilhabe-Wegweiser im Kreis Unna“ habe drei Verbundpartner. Beratungsstellen gebe es in Schwerte, in Kamen oder in offenen Sprechstunden in verschiedenen Orten im Kreis Unna.

Die Beratung erfolge oftmals persönlich, jedoch in den meisten Fällen zunächst telefonisch. So könne abgeklärt werden, ob es erforderlich sei, einen Termin für ein persönliches Gespräch zu vereinbaren.

Man wäre sehr dankbar, wenn diese gewünschte Vorgehensweise bekannt gemacht würde.

Dies nahm Frau **Renate Jung** nochmals auf und fragte, ob die Mitarbeiter auch bei den betroffenen Personen bzw. zu den Selbsthilfegruppen vorbei kommen würden.

Frau **Backmann** bejahte dies und erklärte, dass man nur frühzeitig Bescheid sagen müsste, da dies natürlich mit den Mitarbeitern geplant und besprochen werden müsse.

Frau **Backmann** wies darauf hin, dass die EUTBs untereinander sehr gut vernetzt seien. Jeder habe andere Schwerpunkte. Es erfolge ein ständiger kollegialer Austausch.

Frau **Lehmann** ergänzte, dass man sich für die Ratsuchenden Zeit nehmen würde, um die Betroffenen bestmöglich beraten zu können.

Frau **Hartig** bedankte sich für den Vortrag und fragte sich, wie das mit der Vernetzung geklappt hat, da es anfangs sicherlich viel Arbeit war. Zudem interessierte sie sich dafür, wie viele Beratungen in Anspruch genommen wurden.

Frau **Backmann** erläuterte, dass der Schwerpunkt zunächst darauf lag, Räumlichkeiten zu suchen, welche barrierefrei seien. Später wurde sowohl am Netzwerk und der Vergrößerung des Bekanntheitsgrades gearbeitet. Von daher lagen die Beratungszahlen in 2018 noch nicht so hoch. Im November 2018 seien es um die 100 Beratungen gewesen. Nun würde man merken, dass die Frequentierung ansteige.

Frau **Middendorf** bedankte sich ebenfalls für den Vortrag und betonte die Wichtigkeit einer solchen Beratungsstelle. Man solle dabei mithelfen, den Bekanntheitsgrad zu steigern.

Frau **van Lück** fragte nach, ob Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen geleistet würde.

Frau **Backmann** erklärte, dass die Einrichtung unterstützend tätig würde, wenn tatsächlich Probleme beim Ausfüllen bestünden.

Frau **van Lück** interessierte es, ob Rechtsberatung erbracht würde.

Frau **Backmann** erklärte, dass dies rechtlich nicht zulässig sei

Herr **Reimer** gefiel besonders die Unabhängigkeit der Beratungsstellen.

Herr **Diester** ergänzte, dass er es ganz wichtig empfinde, dass Flyer produziert worden seien, die unter anderem auch die Kontaktaufnahme erleichtern.

Frau **Backmann** ergänzte, dass diese in nächster Zeit auch in leichter deutscher Sprache aufgelegt würden.

Frau **Brückel** fragte, ob es auch die Möglichkeit gebe, mithilfe eines Übersetzers Menschen mit Migrationshintergrund zu helfen.

Frau **Bauckmann** erklärte, dass ein Kollege, welcher bei der Flüchtlingshilfe tätig sei, in der Beratungsstelle für einige Stunden mitarbeite und dieser einige Sprachen abdecke.

Frau **Kappen** ergänzte, dass der Sprachpool des Kommunalen Integrationszentrum genutzt werden könne.

Frau **Jung** wies noch darauf hin, dass die Stadt Kamen bei der Suche nach Räumlichkeiten vermittelnd behilflich war. Sie bedankte sich für den Vortrag und fand es toll, dass es eine solche Beratungsstelle in Kamen gebe.

Zu TOP 3.

Haus Weddinghofer Straße
Bericht: Herr Ansgar Bittner, Bethel.regional

Herr **Berger** und Herr **Bittner** stellten anhand einer Powerpointpräsentation das Haus „Weddinghofer Straße“ vor. Vorab wurden sowohl die v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel, die der größte diakonische Träger Europas mit vielfältigen Unterstützungsangeboten sei, als auch die regionale Struktur der Bethel.regional vorgestellt.

Herr **Berger** erläuterte, dass man für die Stadt Kamen einen Bedarf erkannt habe und im Jahr 2013 ein passendes Grundstück für die Realisierung gefunden habe. Anhand der Präsentation wurde der Grundriss der Einrichtung gezeigt. Sodann wurde erläutert, dass die Einrichtung eine Pflichtversorgung für den Kreis Unna darstelle und für Klientinnen und Klienten mit komplexen Behinderungen und besonderem Unterstützungsbedarf errichtet wurde. Da in der Einrichtung auch Klientinnen und Klienten mit einem Unterbringungsbeschluss untergebracht seien und diese einen besonderen Schutz zur Eigensicherung benötigten, gebe es Bereiche, welche fakultativ schließbar seien. Jedoch stelle die Einrichtung keinen Hochsicherheitstrakt dar. Man orientiere sich mit den Klienten, begleitet durch Mitarbeiter, auch in der Stadt und versuche, den Bewohnern die Möglichkeit zu bieten, sich auch in der Öffentlichkeit so frei wie möglich zu bewegen. Herr Berger erläuterte weiter die baulichen Voraussetzungen, die Zielgruppe der Einrichtung sowie die pädagogischen Angebote der Einrichtung. Weiterhin ging Herr Berger auf die Mitarbeiter, deren Arbeitszeiten und Aufgaben ein. Er erläuterte die fachlichen Konzepte, mit denen die Einrichtung arbeiten würde und wies auf geplante Kooperationen hin.

Frau **Jung** bedankte sich für den Vortrag und betonte die Wichtigkeit einer solchen Einrichtung für Kamen.

Frau **Hartig** interessierte sich dafür, ab welchem Lebensjahr die Bewohner in die Einrichtung kommen könnten und wie das Verfahren mit dem Unterbringungsbeschluss ablaufen würde.

Herr **Berger** erklärte, dass die Bewohner mindestens 18 Jahre alt seien, also dann, wenn die Jugendhilfe nicht mehr greifen würde. Das Alter der Bewohner in der Einrichtung sei momentan zwischen Anfang 20 bis Mitte 50. Weiterhin erklärte Herr Berger, dass der Unterbringungsbeschluss durch einen Amtsrichter ausgestellt würde. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Beschlusses würde regelmäßig kontrolliert. Die Kontrolle erfolge alle zwei Jahre; in begründeten Fällen auch in kürzeren Intervallen. Sollte ein Beschluss aufgehoben werden, bestünde aber weiterhin die Möglichkeit des Verbleibs in der Einrichtung; dann jedoch unter anderen Rahmenbedingungen wie z.B. der Aushändigung eines eigenen Wohnungsschlüssels.

Frau **Kappen** ergänzte, dass ihre Wahrnehmung die sei, dass die Bewohner vorrangig aus Kamen kämen und dies natürlich auch für die Kamener Familienangehörigen positiv sei.

Herr **Berger** bestätigte, dass in der Einrichtung vorrangig Personen mit lokalem Bezug untergebracht seien. Zurzeit leben vier Personen aus dem Maßregelvollzug in der Einrichtung, welche nicht aus dem Kreis Unna kommen würden.

Frau **Middendorf** fragte nach, ob Herr Berger der Auffassung sei, dass Bedarf für weitere solcher Einrichtungen bestehe. Zudem erkundigte sie sich nach der Möglichkeit, die Bewohner z.B. in einer Werkstatt tätig werden zu lassen, um eine Tagesstruktur zu erhalten.

Herr **Berger** erklärte, dass der Bedarf immer weiter zunehme. Aktuell werde ein weiteres Haus in Oer-Erkenschwick errichtet.

Zurzeit sei man mit Werkstätten im Gespräch, ob die Bewohner dort teilnehmen könnten (offener Vollzug).

Frau **Middendorf** interessierte sich dafür, ob Senioren dort ein freiwilliges soziales Jahr ableisten könnten.

Herr Berger erläuterte, dass man auch in diesem Bereich sehr gerne ehrenamtlich tätig werden könne. Das Ehrenamt sei altersunabhängig und könne zum Beispiel Spaziergänge mit Rollstuhlfahrern und das Zubereiten von Speisen beinhalten.

Herr Heidenreich interessierte sich dafür, ob die Mitarbeiter vor Ort sich dafür einsetzen würden, dass die Bewohner auch wieder zurück in ihre Familien kommen könnten.

Herr Berger erwiderte, dass dies natürlich möglich sei, wenn die Bewohner dort die entsprechende Hilfe erhalten würden. Jedoch merke man oftmals, dass viele Familienangehörige sich nicht damit auseinandersetzen möchten. Es gibt jedoch die Möglichkeit einer eigenen Wohnung mit einem entsprechenden Betreuungsangebot im „Haus Winterkampweg“.

Herr **Reimer** fragte, ob es Alltagsbegleiter geben würde.

Herr **Berger** erklärte, dass jeder Mitarbeiter eine solche Funktion/Aufgabe habe.

Frau Renate **Jung** bedankte sich für den Vortag und betonte die Wichtigkeit einer solchen Einrichtung für Kamen.

Zu TOP 4.

AWO-Tagesstätte „Startbahn“

Bericht: Frau Carina Feige, AWO UB Ruhr-Lippe-Ems

Frau **Feige** bedankte sich für die Möglichkeit der Vorstellung der Tagesstätte im Beirat. Vorab stellte Frau Feige die AWO Ruhr-Lippe-Ems, die Organisation, deren Aufgaben, die Startbahn in Unna und die Startbahn in Lünen vor. Die Startbahn in Bergkamen werde in nächster Zeit geschlossen. Die AWO-Tagesstätten „Startbahn“ seien für Menschen mit psychischen Behinderungen in Unna und Lünen. Es seien Einrichtungen der Eingliederungshilfe mit insgesamt 34 Plätzen, verteilt auf zwei Häuser. Frau Feige erläuterte, dass wenige Menschen aus Kamen die Tagesstätte nutzen würden; daher freue sie sich, die Tagesstätte am heutigen Tage hier vorstellen zu können.

Es wurden die Förderung der Startbahnen, die Betreuungs- und Förderungsangebote und die Aufgaben erläutert. Es sei sehr wichtig, dass in der Tagesstätte eine Tagesstruktur geboten würde. Zudem gebe es ergotherapeutische Angebote, lebenspraktisches Training, Bewegungsangebote sowie Unterstützung bei der Entwicklung von neuen Lebensperspektiven. Geboten werde auch das Erleben einer Gemeinschaft. Frau Feige machte zum Ende ihres Vortrages nochmals auf die Veranstaltung „100 Jahre Menschlichkeit“ der AWO zum 100 jährigen Jubiläum aufmerksam und hoffte auf zahlreiches Erscheinen.

Frau **Kappen** ergänzte, dass es am heutigen Tage ein sehr schönes breites Spektrum an Vorträgen gegeben habe und bat darum weiterzutragen, dass es nicht nur vollstationäre Einrichtungen, sondern auch solche wie die der AWO, auch wenn es in Kamen selbst keine derartige Stätte gebe.

Herr **Diester** fragte sich, ob es wirklich Menschen gäbe, die freiwillig in die Tagesstätte gehen. Er sehe es so, dass viele jüngere Menschen sich bereits aus dem Berufsleben in die Rente verabschieden wollen, jedoch nicht bereit seien, Rehabilitationsmaßnahmen z.B. über Krankenkassen zu durchlaufen. Dazu seien sie nach eigener Einschätzung nicht in der Lage und würden stattdessen lieber auf Angebote wie das der AWO zurückgreifen.

Frau **Feige** wies darauf hin, dass das Angebot der AWO auf rein freiwilliger Basis beruhe.

Frau **Middendorf** fragte, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, damit die Einrichtungen Mittel des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bekommen würden.

Frau **Feige** erklärte, dass eine pauschale Förderung für 35.000 Betreuungsstunden gewährt würde. Für die Abrechnung werde ein Arztbrief bzw. ein Entlassungsbrief eines Krankenhauses und ein Nachweis über die Arbeitsunfähigkeit benötigt.

Frau **Lehmann** fragte, ob es eine Altersbegrenzung in den Tagesstätten gäbe.

Frau **Feige** erwiderte, dass das Alter zwischen 18 Jahren und 65 Jahren läge.

Weiterhin wollte Frau **Lehmann** wissen, ob es Wartelisten gebe und wie die Aufnahmekapazität zurzeit sei.

Frau **Feige** erklärte, dass man bei voller Auslastung auch mit Wartelisten arbeiten würde. In Unna seien am heutigen Tage zwei Plätze frei, wobei in Lünen die Tagesstätte voll ausgelastet sei. Jedoch gibt es alle zwei Wochen einen Schnuppertag, damit man die Einrichtung kennen lernen kann.

Frau **Jung** bedankte sich für den informativen Vortrag.

Zu TOP 5.

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte anhand von Plänen und Fotos eine neue Brückenplanung an der Straße Eilater Weg/Seseke. Es werde die vorhandene durch eine neue Brücke ersetzt. Die neue Brücke werde eine Länge von 13 Metern und eine Breite von 3,50 Meter haben. Diese soll mit einem griffigen Bodenbelag sowie einem beidseitigem Geländer versehen werden.

Frau **Hartig** interessierte sich vor dem Hintergrund der starken Freguentierung des Eilater Weges dafür, ob bereits eine Zeitachse für diesen Bau bekannt sei.

Herr **Dr. Liedtke** erwiderte, dass im kommenden Jahr gebaut werden soll. Der Antrag sei jetzt gestellt worden.

Die Mitglieder des Behindertenbeirates nahmen die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 6.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau **Petra Jung** teilte mit, ihr sei aus ihrem näheren Umfeld bekannt geworden, dass die Schwerbehinderteneigenschaft von Personen, die am Down-Syndrom leiden, durch den Kreis Unna überprüft werde, obwohl die Ausweise nicht abgelaufen seien.

Herr **Diester** ergänzte, dass auch ihm die vorzeitige Überprüfungspraxis bekannt sei. Der Kreis Unna würde wohl versuchen, den Grad der Schwerbehinderung möglichst auf unter 50 Prozent zu drücken.

Frau **Schneider** schloss sich den Ausführungen an. Sie sei von einigen Angehörigen in der Behindertenwerkstatt angesprochen worden und es wurde ihr mitgeteilt, dass die Kreisverwaltung ohne ersichtlichen Grund immer wieder Belege für den Nachweis des Vorliegens einer Behinderung verlangen würde.

Frau **Kappen** erklärte, dass eine offizielle Anfrage an die Kreisverwaltung Unna ergehen solle.

Herr **Diester** sprach an, dass die Anwesenheitsliste unvollständig sei. Dort würde sein Name nicht ersichtlich sein.

Frau Renate **Jung** erklärte daraufhin, dass dies an die Verwaltung weitergeben würde mit der Bitte um Problemlösung.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Jung
Vorsitzende

gez. Kappen
Schriftführerin